



ISSN 1019-0287

Preis 60,- LUF

28. September 2001

erscheint freitags

28/9-7/10/2001

(film/theatre/concert/events)



# Leiche im Keller



*Auch wenn die CSV als Regierungspartei immer noch am "Heilig-Geist"-Plateau für den Bau der "cité judiciaire" festhält, so bringen nicht nur die Ausgrabungen vor Ort die Gewissheit an den Tag: Das ganze Dossier stellt sich immer mehr als Leiche im Keller der Vorregierung heraus. Bürgermeister Helminger sieht sogar den Status Luxemburgs als UNESCO-Kulturerbe in Gefahr und schlägt einen Ausweichstandort vor.*

**dës woch, Seite 3**

(Foto: Christian Mosar)

## Zur Tipse geboren?

Frauen und Erwerbsarbeit - dafür engagieren sich Frauenorganisationen, ADEM und Ministerien seit Jahren. Im Kursangebot: Traditionelle Frauenarbeiten.

**aktuell, Seite 2**

## On the Bombings

Der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano und der amerikanische Linguist Noam Chomsky über die Anschläge in New York und deren Folgen.

**dossier, Seite 4**



## NACH NEW YORK

**Im Schatten der allgemeinen Anti-Terror-Hysterie haben Law-and-Order-PolitikerInnen freie Hand. Die geplanten Einschränkungen der Bürgerrechte sind drastisch. Dennoch stoßen sie kaum auf Widerstand.**

Ein Kommentar von  
Danièle Weber

Keine Angst vor Big Brother: Videoüberwachung, Abhörsysteme oder erkennungsdienstliche Behandlung - seitdem die Angst vor Terroranschlägen in der westlichen Welt umgeht, sind mögliche Bedenken gegenüber schärferen Sicherheitsmaßnahmen wie weggewischt. Laut Meinungsumfrage sprechen sich 71 Prozent der Menschen in den USA für eine nationale Identitätsregistrierung anhand von Fingerabdrücken aus. Auch anderswo ist Datenschutz kein Thema mehr. Eine Spiegel-Umfrage ergab: 74 Prozent der Deutschen sind bereit, "für ihre Sicherheit sehr starke Einschränkungen hinzunehmen".

Solche Stimmungen wissen Law-and-Order-Politiker zu nutzen. In den USA wird künftig Thomas Ridge, der bisherige Gouverneur von Pennsylvania, für innere Sicherheit sorgen. Ridge, der in seiner siebenjähri-

gen Amtszeit 100 Strafgefangene hat hinrichten lassen, steht zur Vollstreckung der Terrorismusbekämpfung ein frisch geschnürtes Gesetzespaket zur Verfügung. Neben schärferen Überwachungsmaßnahmen soll auch das Einwanderungsgesetz neu gefasst werden. AusländerInnen, die ein "Risiko für die nationale Sicherheit" darstellen, dürfen dann ohne Gerichtsverfahren abgeschoben werden.

Doch nicht nur die USA wollen den Sicherheitsgürtel enger schnallen. Der Aktionsplan gegen Terrorismus, den die Chefs der 15 EU-Staaten am vergangenen Freitag vorgelegt haben, dürfte die Herzen der hiesigen Sicherheitsfanatiker höher schlagen lassen. Allein der Versuch eine "terroristische Straftat" europaweit zu definieren, könnte so mancher nationalen Repression neuen Spielraum eröffnen.

Wer künftig etwa einen

blauen Aufkleber mit weißer Friedenstaube auf den städtischen Papierkorb klebt, könnte zum engeren Kreis der Verdächtigen gehören. Neben Mord, Entführung oder Erpressung gehört nämlich laut EU-Definition auch die Beschädigung staatlicher Einrichtungen, öffentlicher Transportmittel, öffentlicher Plätze oder öffentlichen Eigentums in die Kategorie der terroristischen Straftaten. Wie der europäische Haftbefehl zur Auslieferung mutmaßlicher Terroristen aussehen wird, werden die 15 im Dezember en détail diskutieren.

Doch so lange wollen nicht alle warten. Es gilt, die Anti-Terror-Stimmung auf ihrem Höhepunkt auszunutzen. Das hat sich der deutsche Innenminister Otto Schily offensichtlich besonders vorgenommen. Der Ex-Grüne zieht Gesetzesvorschläge aus der Schublade, die dort zwar schon länger liegen, die er sich bislang aber noch nicht so richtig hervorzu-kramen getraute. Dazu gehört die Erweiterung des in der Zeit der Jagd auf RAF-Terroristen entstan-

denen Paragraphen 129a, der die Bildung einer terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt. Oder aber Schilys Steckenpferd: die Verschärfung der Ausländergesetze.

Auch hier kann der deutsche Innenminister auf Rückhalt in der Bevölkerung bauen: Laut Spiegel-Umfrage sind immerhin 69 Prozent dafür, dass für alle Nicht-EU-Ausländer, die länger in Deutschland leben wollen, eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz gemacht werden soll. Dass auch 59 Prozent der befragten Grünen-WählerInnen dies befürworten, lässt ahnen: Auch der grüne Koalitionspartner, der sich gerne als Verfechter der Bürgerrechte präsentiert, wird sich einer Verschärfung der Sicherheitsgesetze kaum in den Weg stellen.

Ob in den USA oder in Europa, eins ist sicher: Keine der geplanten Maßnahmen hätte auch nur annähernd dazu beigetragen, die Anschläge in New York zu verhindern. Doch das behaupten ja noch nicht einmal ihre Erfinder.

## Culture métissée

Valério Lopes, musicien, contribue son talent d'organisateur lors de la première semaine cap-verdienne qui commence ce samedi.

**magazine, page 9**

## Photographie

Le CNA présente sous forme de projections audiovisuelles sonorisées "Paysages - Paysages?", trois projets photographiques, fruits d'une collaboration appuyée de trois artistes.

**voices, page 10**



Preis: 60 LUF - 1,49 Euros



5 453000 211009